

Sachdokumentation:

Signatur: DS 1038

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/1038



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



Lehrplan vors Volk

Demokratische Mitbestimmung in der Volksschule
Volksinitiative Kanton Zürich

Komitee «Lehrplan vors Volk», 8610 Uster | info@lehrplan-vors-volk.ch | www.lehrplan-vors-volk.ch | Spendenkonto: Postkonto 89-753598-5

Newsletter vom 2. 4. 2017

Inhalt

Reaktionen zur Inkraftsetzung des Zürcher LP 21.....	1
Kantonsrat, Fraktionserklärung SVP, 20. März 2017.....	1
Versteckte Agenda der Bildungspolitik.....	2
Fremdsprachen in der Volksschule.....	2
Leserbriefe im Zürcher Bote zu den Frühfremdsprachen.....	7
Aufwand und Ertrag beim Fremdsprachenlernen müssen wieder stimmen.....	7
Bildungsreformen durch die rosarote Brille betrachtet.....	8
Solide Grundlagen in Deutsch als Voraussetzung für das Lernen von Fremdsprachen...9	
Digital oder dialogisch?.....	9
Die Innovativen bleiben auf der Strecke.....	12
Das Leiden der Lehrer.....	16
Reaktionen zu «Das Leiden der Lehrer».....	18
Was steckt hinter dem „Aufstand der Lehrer“?	18
Leserbrief.....	19
Leserbrief.....	19

Reaktionen zur Inkraftsetzung des Zürcher LP 21

Kantonsrat, Fraktionserklärung SVP, 20. März 2017

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Regierungsräte und Regierungsrätinnen
Geschätzte Kantonsrätinnen und Kantonsräte

Am vergangenen Freitag, 17. März 2017, stellte die Bildungsdirektion den neuen Lehrplan der Öffentlichkeit vor.

Allen voran stört es uns, dass die noch zur Abstimmung stehende kantonale Volksinitiative «Lehrplan vors Volk» ignoriert wurde. Es zeugt von mangelndem Demokratieverständnis, dass die Bildungsdirektion bereits mit der Umsetzung des neuen Lehrplans beginnt, obwohl das Volk in einer Abstimmung noch zu entscheiden hat, wer den Lehrplan definitiv einführt.

Als grosser Vorteil hebt die Bildungsdirektion die Harmonisierung der Schule hervor. Mit

Zykluszielen anstatt Jahreszielen kann eine sinnvolle Harmonisierung allerdings gar nicht erreicht werden. Kantonale Unterschiede sind für uns völlig in Ordnung, denn Bildung ist verfassungsgemäss Kantonsache. Für so wenig Harmonisierung bräuchte es aber keinen von der D-EDK aufoktroierten Lehrplan.

Ganz ausgeblendet werden im Zusammenhang mit dem neuen Lehrplan die Gemeinden. Der Kanton kann noch lange behaupten, dass er den neuen Lehrplan mehr oder weniger kostenneutral umsetzt. Was es für die Gemeinden bedeutet, wird natürlich nicht erwähnt. Sie sind es nämlich, die die Änderungen in organisatorischer, personeller, infrastruktureller und finanzieller Hinsicht umsetzen und vor allem bezahlen müssen! Und die Gemeinden sind es auch, die die neuen Lehrmittel beschaffen müssen. Letztlich sind es unsere Steuerzahler, die erneut unnötig belastet werden.

Der ganze Aufwand wäre ja in Ordnung, wenn der neue Lehrplan eine massgebliche Verbesserung mit sich bringen und Aufwand und Ertrag im Verhältnis stehen würden. Leider können wir den grossen Mehrwert aber nicht sehen. Der neue Lehrplan ist mit seinen umständlich formulierten Zielen und in seiner umfassenden Form ein praxisuntaugliches Bürokratiemonster. Für uns unverständlich, redet man doch in der heutigen Zeit immer von Vereinfachung. «Reduce to the max», heisst die Devise!

Wir wollen einen guten, verständlichen Lehrplan, der unsere Schüler bestmöglich auf das gesellschaftliche und berufliche Leben vorbereitet und den Lehrkräften eine Stütze im Unterricht ist. Es ist deshalb angezeigt, dass der Kantonsrat und in letzter Instanz das Volk über die Grundlage unserer Schule, den Lehrplan, befinden. Die Bildungsdirektion hat in dem Zusammenhang die demokratischen Regeln zu befolgen und nicht einfach zustande gekommene Volksinitiativen auszublenden.

Versteckte Agenda der Bildungspolitik

Neue Zürcher Zeitung vom Do, 23.03.2017 Leserbrief zu «Einigkeit mit Einschränkungen» vom 18.3.17

Just zwei Monate vor der Volksabstimmung über die Fremdspracheninitiative an der Primarschule führt der Bildungsrat im Kanton Zürich den Lehrplan 21 definitiv ein (NZZ 18. 3. 17)! Die vom Volk gewählte Bildungsdirektorin sagt cool, der Zeitplan der Einführung stehe schon lange fest! Dabei steht im Herbst auch noch eine Volksinitiative an, die verlangt, dass der Lehrplan vors Volk kommen soll. Bis jetzt habe ich gemeint, wir seien in einer gut funktionierenden Demokratie, in der die Rechte und der Wille des Volkes ernst genommen würden. Nun muss ich aber feststellen, dass unsere Bildungspolitik schon lange von einer versteckten Agenda geleitet wird. Sind wirklich Lehrer, Eltern, Kinder und letztlich die Gesellschaft dieser Gilde ausgeliefert? In den zwei kommenden Abstimmungen können wir zeigen, dass wir mit unseren Bildungspolitikern nicht einverstanden sind.

Ursula Richner, Zürich

Fremdsprachen in der Volksschule

Starke Volksschule St. Gallen, 21. 3. 2017

Stellungnahme zum Bericht der Regierung vom 20. Dezember 2016

Der Kantonsrat hat 2014 die Regierung mit einem Postulat beauftragt, **Bericht zu den praktischen Erfahrungen seit Einführung einer zweiten Fremdsprache auf der Primarstufe** zu erstatten. Seit dem Schuljahr 2008/09 wird im Kanton St. Gallen ab der

3. Primarschulklasse Englisch unterrichtet und ab der 5. Klasse Französisch. Ende Schuljahr 2014/15 haben die ersten Schülerinnen und Schüler, die nach diesem Curriculum unterrichtet worden sind, die Volksschule verlassen und befinden sich nun in der Sekundarstufe II, die meisten in einer Berufslehre oder auch in weiterführenden Schulen.

Mit dem Bericht sollte vor allem geklärt werden, ob das Unterrichten von zwei Fremdsprachen in der Primarschule sinnvoll ist oder ob nicht besser eine Fremdsprache auf die Oberstufe verschoben werden sollte. Zur Beantwortung dieser Frage hat die Regierung ein Meinungsbild bei Schulträgern, Schulleitungen, Eltern und Lehrpersonen eingeholt und wissenschaftliche Untersuchungen miteinbezogen.

Der Bericht vom 20. Dezember 2016 der Regierung ist offensichtlich mit dem Ziel verfasst worden, das bisherige Frühfremdsprachenkonzept der EDK unter allen Umständen zu legitimieren. Das Ergebnis stand wohl von vorneherein fest.

Nur so ist es zu erklären, dass dem widersprechende Untersuchungsergebnisse im Bericht einfach unterschlagen werden (z. B. die Studie von Dr. Simone Pfenninger) oder bagatellisiert werden, wie z. B. die eindeutig ablehnende Stellungnahme der Lehrerschaft.

Hier sollen einige aus unserer Sicht wesentliche Kritikpunkte an dem Bericht dargelegt werden.

1. Die Regierung geht in ihrem Bericht von einer veralteten Theorie des Fremdsprachenlernens aus. Die Theorie des "Je früher, desto besser", die dem Bericht zugrunde liegt, ist ein wissenschaftlich längst widerlegtes Märchen.

Die Theorie des "Je früher man im Kindesalter anfängt, Fremdsprachen zu lernen, desto besser" ist weitverbreitet, von der Wissenschaft inzwischen jedoch definitiv widerlegt. Die Theorie stimmt nur für Kinder, die in einer zweisprachigen Umgebung aufwachsen, z. B. mit zweisprachigen Eltern, und die in ihrem Lebensalltag täglich mit der Fremdsprache zu tun haben. Sie trifft aber nicht zu für Kinder, die nur in wenigen wöchentlichen Unterrichtslektionen mit der Fremdsprache konfrontiert sind.

Das am 25.3.2004 von der EDK beschlossene Fremdsprachenkonzept, dass spätestens bis zum 5. Schuljahr der Unterricht von zwei Fremdsprachen einsetzen soll, muss heute als veraltet bezeichnet werden.

2. Alle neueren Untersuchungen weltweit kommen zum Ergebnis, dass Jugendliche ab 10 – 12 Jahren in der Schule schneller und effizienter Fremdsprachen lernen als jüngere Kinder.

Der Bericht der Regierung geht unverständlicherweise überhaupt nicht auf die neuen Untersuchungen ein, ab welchem Alter am besten Fremdsprachen gelernt werden. Die für die Schweiz wichtigste Untersuchung, die Langzeitstudie der Linguistin Dr. Simone Pfenninger von der Universität Zürich von 2014, wird nicht berücksichtigt, ja im Bericht nicht einmal erwähnt. Simone Pfenninger hat Schüler, die in Zürich ab der 2. Klasse Primarschule Englischunterricht hatten, mit solchen verglichen, die erst mit der 7. Klasse begonnen haben. Sie kommt zum Ergebnis, dass die Spätlernenden meist bereits nach 6 Monaten die Frühlernenden eingeholt hatten, obwohl diese schon 5 Jahre lang Englischunterricht hatten!

Kinder in der Unterstufe oder gar im Kindergarten verfügen nicht über die gleichen kognitiven Sprachstrukturen wie 10- oder 12jährige Jugendliche. Ältere Kinder lernen schneller und effizienter Fremdsprachen, weil sie die entsprechenden Sprachstrukturen bereits in der Muttersprache erworben haben und diese auf die Fremdsprache übertragen können.

Daher ist es auch ein Vorteil für den Erwerb von Fremdsprachen, wenn die Muttersprache gut beherrscht wird.

Selbst die im Bericht der Regierung zitierte BKZ-Studie (Bildungsdirektoren der Zentralschweiz) kommt zum Ergebnis, dass eine Mehrheit der Schüler in der 6. und 8. Klasse die Lehrplanziele im Französischen nicht erreicht, auch im Englischen scheitert immer noch ein Drittel.

Die renommierte Sprachforscherin und Anglistin Prof. Carmen Muñoz von der Universität Barcelona, die seit Jahrzehnten zu der Frage forscht, in welchem Alter man am besten Fremdsprachen lernt, betont, dass es weltweit keine einzige Studie gibt, die den Vorteil eines möglichst frühen Fremdsprachenunterrichts in der Schule belegt.

Ganz aktuell kommt auch der Kanton Aargau mit seiner Vergleichsstudie zwischen Aargauer Schülern, die ab der dritten Klasse Englisch gelernt haben, und Solothurner Schülern, die nur auf der Oberstufe Englisch hatten, zum gleichen Resultat. Obwohl die Aargauer 4 Jahre länger Englisch hatten, betrug ihr Vorsprung auf die Solothurner am Ende der Schulzeit nur ein halbes bis ein ganzes Schuljahr. Viel Aufwand für wenig Ertrag! Wertvolle Lernzeit für andere Fächer, insbesondere für die deutsche Sprache, geht in der Zwischenzeit verloren.

3. Die grosse Mehrheit der Volksschullehrer spricht sich aufgrund der gemachten Erfahrungen für nur eine Fremdsprache auf der Primarstufe aus.

Im Bericht wird erwähnt, dass nur 24% der online befragten Volksschullehrer sich für zwei Fremdsprachen auf der Primarstufe aussprechen. Bei der Umfrage des Kantonalen Lehrerverbands 2015 waren es sogar nur 17% von über 3000 Lehrern, die zwei Fremdsprachen schon auf Primarstufe befürwortet haben.

An der jetzigen Online-Befragung für den Bericht der Regierung beteiligten sich allerdings nur 27% der angefragten Lehrer. Dies verwundert nicht, wenn man bedenkt, dass ihre früheren ablehnenden Stellungnahmen bis heute in keiner Weise berücksichtigt worden sind. Im Bericht ist zu lesen, dass Lehrpersonen dem Unterricht von zwei Fremdsprachen "vielfach kritisch" gegenüberstehen. Das weiss man nun schon lange, aber es hat keinerlei Konsequenzen. "Über die Ursachen dafür liegen keine gesicherten Erkenntnisse vor", heisst es dann im Bericht – warum hat man die Lehrer aber nicht nach den Gründen gefragt? Hier, und an vielen anderen Stellen im Bericht wird deutlich, dass das Ergebnis des Berichts der Regierung von vorneherein feststand: Man will partout am Frühfremdsprachenkonzept der EDK festhalten, koste es was es wolle, und wenn es auch eine ganze oder sogar mehrere Schülergenerationen sind, die darunter leiden müssen. Die einhellige Ablehnung der Lehrer zeigt sich auch darin, dass im Kanton Zürich im Mai 2017 über eine Initiative abgestimmt wird, die eine Beschränkung auf eine Fremdsprache in der Primarschule verlangt. Dieses Volksbegehren wird von den Lehrerverbänden der Mittel- und Oberstufe getragen.

4. Die Englischlehrer auf der Sekundarstufe II als "Abnehmer" der Volksschulen wurden gar nicht nach ihren Erfahrungen gefragt.

Es ist nicht nachvollziehbar, warum weder Berufsschullehrer noch Mittelschullehrer, die nun die ersten Frühenglisch-Absolventen in ihren Schulklassen haben, nach ihren Erfahrungen befragt worden sind. Gerade sie können am besten Vergleiche zwischen dem früheren und dem heutigen Modell ziehen.

Im Bericht der Regierung wird der Verzicht auf eine umfassende eigene Evaluation damit begründet, dass man sich auf die Fremdsprachenstudie der BKZ (Bildungsdirektorenkonferenz Zentralschweiz) von 2015 abstützen könne und keine eigene Evaluation benötige. Selbst diese Studie zeigt neben einigen Banalitäten v. a. auch das Scheitern des Frühfremdsprachen-Unterrichts auf. Im Fazit zum Lernerfolg in Französisch am Ende des 8. Schuljahres heisst es beispielsweise: "Eine deutliche Mehrheit der SchülerInnen erreicht die Lehrplanziele noch nicht und wird die Ziele Ende der 9. Klasse nicht erreichen." Dass die St. Galler Regierung sich auf solch schwache

Untersuchungsergebnisse stützt, legt auch die Vermutung nahe, dass man von Seiten der Regierung keine eigenen unerwünschten Untersuchungsergebnisse erhalten wollte.

Im Gespräch mit einzelnen Berufsschullehrern kann man erfahren, dass die englischen Grammatikkenntnisse (wie übrigens auch die deutschen) im Allgemeinen abgenommen hätten, dass die Fehlerquote schriftlich wie mündlich zugenommen habe. Es gebe Schüler, die der festen Überzeugung seien, hervorragend Englisch zu können, bei denen aber jeder gesprochene und geschriebene Satz voller Fehler sei. Besser im Vergleich zu früher sei die Aussprache (dies ist auch wissenschaftlich belegt) und, dass die Jugendlichen keine Scheu mehr hätten, in der Fremdsprache zu reden. Dies ist zweifellos ein Gewinn, der aber schneller und einfacher durch einen kürzeren oder längeren Aufenthalt im jeweiligen Sprachgebiet erzielt werden kann.

5. Die Kosten für den Frühfremdsprachenunterricht wachsen ins Unendliche

Wie die kürzlich vorgelegte Studie der IHK St. Gallen ergeben hat, sind die Kosten für die Volksschule in St. Gallen zwischen 2000 und 2014 stark angestiegen. Mit über 3000 Franken pro Einwohner für die obligatorische Schule ist St. Gallen der fünftteuerste Kanton der Schweiz. Auffallend ist auch der sehr hohe Anteil von Schülern mit besonderem Lehrplan. Der Leiter des Amts für Volksschule Alexander Kummer nennt in der Ostschweiz am Sonntag vom 12. Februar 2017 auch die Einführung von Frühenglisch als kostentreibenden Faktor. Die Regierung räumt selbst ein, dass Probleme existieren. Nun werden zwei zusätzliche Differenzierungslektionen in Französisch eingeführt, weil die Lernziele nicht erreicht werden können. Diese Massnahme mag eine Verbesserung für überforderte Schüler bringen, ist aber nur eine teure Notlösung. Wie hoch die Kosten allein für diese Massnahme sind, wird nicht erwähnt.

Es werden immer mehr Unterstützungs- und Hilfsmassnahmen notwendig, um Schülern zu helfen, die den Anforderungen nicht genügen können. Bereits heute beläuft sich der Anteil von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischen Massnahmen laut Bericht auf knapp ein Fünftel. Es werden mit Sicherheit noch mehr werden.

6. Französisch wird gegenüber Englisch bisher vernachlässigt, wie auch im Bericht vermerkt ist.

Dass der Französisch-Unterricht "tendenziell unbeliebt" ist, wie im Bericht vermerkt, liesse sich unschwer ändern. Es ist ein leichtes, den Sprachtausch zwischen Schülern, Schulklassen und Lehrern mit der französischen Schweiz in der Oberstufe zu intensivieren. Dieser Austausch wurde in den letzten Jahren sträflich vernachlässigt. Auch die Lehrer befürworten dies. Die Schweiz als mehrsprachiges Land hat hier Möglichkeiten, an die andere Länder nicht zu denken wagen.

Gerade Jugendliche sind mit einem Austausch auch leicht zum Sprachenlernen zu motivieren – eine Option mit einem sehr günstigen Kosten-Nutzen-Faktor beim Sprachenlernen – wenn schon ökonomisch gedacht werden soll.

7. Die Betriebe beklagen vor allem mangelhafte Deutschkenntnisse der Lehrlinge, und nicht mangelhafte Fremdsprachenkenntnisse.

Im Bericht wird betont, dass Fremdsprachenkenntnisse für das Berufsleben zentral seien. Viel wichtiger sind aber gute Kenntnisse der Muttersprache. Wenn diese vorhanden sind, ist auch ein weiterer Fremdspracherwerb im Berufsleben leicht möglich und heute üblich. Leider wurden auch die Betriebe nicht befragt, welche Sprachkenntnisse sie von ihren Lehrlingen erwarten. Aus der Praxis ist allgemein bekannt, dass mangelhafte Deutschkenntnisse ihrer Lehrlinge von den meisten Betrieben beklagt werden, mangelhafte Fremdsprachenkenntnisse dagegen selten. Je besser die Kenntnisse der Muttersprache sind, desto leichter ist auch ihr späterer Erwerb.

8. Der Sprachenunterricht soll neu ausgerichtet werden auf "funktionale Mehrsprachigkeit" – was heisst das?

Der Bericht der Regierung kommt zum Ergebnis, dass eine Überforderung der Schüler durch den frühen Erwerb von zwei Fremdsprachen nicht festgestellt werden könne. Insbesondere schwächere Schüler sind aber eindeutig überfordert und benachteiligt.

Die Neuausrichtung des Sprachenunterrichts sieht jedoch insgesamt eine Senkung der Anforderungen vor. Ziel im zukünftigen Lehrplan Volksschule ist laut Bericht nämlich, dass jede Person in wenigstens zwei Fremdsprachen "sich auf eine Kommunikation einlassen und sie in Grundzügen erfassen kann" (Bericht S. 9). Dies schliesst "sowohl die lücken- und fehlerhafte als auch die nonverbale Verständigung und die gegenseitige Verständigung in der jeweiligen Muttersprache" ein. Das heisst: "Feeler machen erlaubt!" Und wenn man sich in der Herkunftssprache verständigt, ist das eben auch gelungener Fremdsprachenunterricht. Wichtig ist nur, sich irgendwie verständigen zu können, egal in welcher Sprache und mit welchen Mitteln.

An der PH St. Gallen herrscht seit Jahren die abwegige Doktrin vor, dass Fehlerkorrekturen durch den Lehrer dem Schüler schaden, weil er dadurch entmutigt werde. Die Folge ist, dass die Fehler sich einprägen und später nur noch schwer zu korrigieren sind.

Im Bericht wird beklagt, dass die Lehrer sich dieser Neuausrichtung widersetzen würden und weiterhin einen anspruchsvollen Fremdsprachenunterricht anstreben: **"Trotzdem halten sich bei den Lehrpersonen sowie der Öffentlichkeit hartnäckig die tradierten Vorstellungen von einem mehrheitlich auf Sprachwissen und formale Wiedergabe von regelhaft gelerntem ausgerichteten Sprachenunterricht."** (S. 8) Dies könne auch "zu Differenzen zwischen Schule und Elternhaus führen". Manche Lehrer hätten sogar "auf lokaler Ebene in Eigenregie Lehrpläne mit Anforderungen erarbeitet (...), die dem eigentlichen Lehrplan widersprechen und leistungsschwächere Lernende überfordern.

Bei Lehrpersonen, die den Paradigmenwechsel im Sprachunterricht gegen den inneren Widerstand der eigenen Lernbiografie vollzogen, konsequent Ziele des Lehrplans anstrebten und den Unterricht entsprechend gestalteten, konnte demgegenüber ein Erfolg bestätigt werden." (S. 8/9).

Lehrer, aber auch Eltern, die nicht bereit sind, den Bildungsabbau mitzutragen und versuchen, das bisherige Niveau aufrechtzuerhalten wollen, werden also zum Problem gemacht. Hierbei muss angemerkt werden, dass der moderne Fremdsprachenunterricht schon seit vielen Jahren sich nicht mehr auf "stures Auswendiglernen von Grammatikregeln" beschränkt.

9. Schweizer Fremdsprachenunterricht auf EU-Niveau heruntergefahren?

Das Sprachenkonzept der EDK von 2004 mit dem sog. Modell 3/5 (1. Fremdsprache ab der 3. Klasse, 2. ab der 5. Klasse) ist keine Erfindung, die auf Schweizer Boden gewachsen ist. Bereits 1997 brachte der damalige Zürcher Bildungsdirektor Ernst Buschor von einer Tagung aus den USA Ideen mit, die bis heute die Schulreformen in der Schweiz prägen (Aeberli, Christian: Das Zürcher Experiment). Die wichtigsten waren altersdurchmisches Lernen, selbstorganisiertes Lernen mit dem Computer und möglichst früher Englischunterricht, am besten schon ab der 1. Primarklasse. Auch das Weissbuch der EU, 1995 von der EU-Kommission herausgegeben, verlangt von den EU-Bürgern die Kenntnis von drei Gemeinschaftssprachen. Englischunterricht ab der Primarschule, oft schon im Kindergarten, ist mittlerweile in nahezu allen EU-Ländern üblich. Grundlage dafür ist auch hier das Konzept der „funktionalen Mehrsprachigkeit“. Der Gewinn (vielleicht auch das Ziel?) dieses Konzepts ist, dass sich beispielsweise arbeitslose Jugendliche, die in ihren Heimatländern keine Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten haben, mit ihrem

"funktionalen" Englisch auch in anderen Ländern ausreichend als Fremdarbeiter durchschlagen könnten.

Dass in der Schweiz nicht nur eine, sondern gleich zwei Fremdsprachen auf die Primarstufe verlegt worden sind, ist nur dem sog. "Sprachenkompromiss" zu verdanken, einem völlig überflüssigen künstlich geschaffenen Gegensatz zwischen Französisch und Englisch. Dieser faule Kompromiss hat dazu geführt, dass die Kinder als Leidtragende nun sogar zwei Fremdsprachen zum falschen Zeitpunkt lernen müssen.

Folgerungen

- Die zweite Fremdsprache sollte aufgrund der wissenschaftlichen Befunde und Erfahrungen aus der Praxis auf die Oberstufe verlegt werden. Aufwand und Ertrag des Frühfremdsprachenlernens stehen in keinem vernünftigen Verhältnis zueinander.
- Das vorrangige Ziel der Primarstufe muss heissen Frühdeutsch statt Frühenglisch oder Frühfranzösisch. Eine Fremdsprache während der Primarstufe ist ausreichend, sie sollte ab der 5. Klasse unterrichtet werden und nicht schon in der 3. Klasse.
- Ob die erste Fremdsprache Englisch oder Französisch sein soll, ist letztlich zweitrangig. Bis zum Ende der Volksschule können in beiden Fremdsprachen die Lernziele erreicht werden.
- Der Kanton St. Gallen könnte sich sehr gut mit dem Thurgau und Appenzell-Innerrhoden zu einer harmonisierten Ostschweiz der Vernunft zusammenschliessen und die zweite Fremdsprache auf die Oberstufe verschieben.

Leserbriefe im Zürcher Bote zu den Frühfremdsprachen

Zürcher Bote 24.3.2017, Leserbriefe

Aufwand und Ertrag beim Fremdsprachenlernen müssen wieder stimmen

Die Initianten der Fremdspracheninitiative sind keine pädagogischen Romantiker, welche die Bedeutung des Sprachenlernens für die Anforderungen der heutigen Zeit verkennen. Aber nach zehn Jahren Erfahrung mit dem aktuellen Frühfremdsprachenkonzept in der Primarschule sind sie zum Schluss gekommen, dass es bessere Wege zum Erfolg gibt. Was letztlich zählt, ist die Effizienz eines Konzepts. Und da schneidet die Frühförderung mit den auf zwei Fremdsprachen verzettelten Sprachstunden gar nicht gut ab. Aufwand und Ertrag stimmen überhaupt nicht. So zeigt eine umfassende Vergleichsstudie zwischen den Kantonen Aargau und Solothurn, dass trotz einem gewaltigen Mehraufwand nach sieben Jahren Englisch am Schluss der Volksschule nur ein höchst bescheidener Vorsprung von rund neun Monaten herauschaut. 19 Jahreslektionen werden im Kanton Aargau fürs Englisch aufgewendet, während die Solothurner später einsteigen und insgesamt neun Jahreslektionen erhalten. Um es andersherum zu sagen: Hätten die Solothurner Oberstufenschüler auch nur drei Jahreslektionen mehr Englisch, könnten sie die Aargauer sogar überholen. Der aufschlussreiche Vergleich deckt eine Verschwendung von Lernzeit in der Höhe von nicht weniger als sieben Jahreslektionen auf.

Und wie steht es ums Frühfranzösisch? Die Antwort gibt die gross angelegte Untersuchung der Zentralschweizer Bildungsdirektorenkonferenz. Die Bilanz fällt absolut ernüchternd aus. Zwei Drittel der Sechstklässler im Kanton Luzern erreichen die grundlegenden Ziele des frühen Französischunterrichts nicht. Man stelle sich vor, in einem

Fach wie Mathematik oder Werken wäre die Erfolgsquote ähnlich schlecht. Der Druck auf eine Korrektur wäre gewaltig. Was in der Wirtschaft mit Sicherheit zu einem Abbruch der Übung führen würde, kann sich auch unsere Volksschule nicht länger leisten. Stoppen wir den ineffizienten Fremdsprachenunterricht mit zwei frühen Fremdsprachen. Die Primarschule braucht dringend mehr Lektionen fürs Deutsch, für den Informatikunterricht und für die erste Fremdsprache. Die zweite Fremdsprache gehört auf die Oberstufe, wo diese mit Priorität effizienter unterrichtet werden kann. Will die Schule auf der Höhe ihrer Aufgabe bleiben, muss die Bildungspolitik den Mut aufbringen, eine gescheiterte Übung zu beenden und ein besseres Sprachenkonzept einzuführen. Deshalb nicht oui und yes in der Primarschule, sondern ein Ja zur Volksinitiative «Mehr Qualität – nur eine Fremdsprache an der Primarschule».

Hanspeter Amstutz, ehemaliger Kantons- und Bildungsrat, Fehraltorf

Bildungsreformen durch die rosarote Brille betrachtet

Wie kommt es, dass sich bildungsferne Vertreter von Verbandspitzen besser informiert fühlen als die Fachleute vor Ort? Wie kann man behaupten, dass der beabsichtigte Paradigmawechsel im Bildungswesen mit dem Lehrplan 21 einen positiven Einfluss auf Gewerbe und Wirtschaft habe, wenn der Praxistest noch bevorsteht? Wieso beharrt man auf den Frühfremdsprachen, obschon wissenschaftlichen Studien und kürzlich veröffentlichte Kantonsvergleiche zeigen, dass die Frühfremdsprachen wenig effizient, sehr teuer und wegen der Verdrängung des Deutschunterrichts mit die Hauptursachen für die 20 Prozent Schulabgänger mit mangelhaften Deutschkenntnissen sind (Pisa 2012 und 2015), die kaum in den Arbeitsprozess integriert werden können? Hat man vergessen, dass der wirtschaftliche Erfolg unseres Landes auf einer breiten Volksschulbildung beruht und dass wir uns keine Zweiklassengesellschaft leisten können?

Die Informationskultur in Wirtschaft, staatlicher Verwaltung und Medien wurde in den letzten zwei Jahrzehnten – von der Öffentlichkeit fast unbemerkt – völlig verändert und hat auch das Bildungswesen erfasst. Anstelle von neutralen Informationen gibt es immer mehr staatliche Propaganda: Negatives wird ausgeblendet und Positives überhöht oder herbeigeredet. Reformen und Neuerungen werden als absolut notwendig und nur positiv dargestellt. Damit die von oben gesteuerten Reformen und Projekte ohne Störungen durchgezogen werden können, werden kritische Stimmen (Vetoplayer) mit Methoden des «Change Managements» ausgeschaltet und jahrzehntelanges Erfahrungswissen nicht berücksichtigt.

Die Aufsichtsbehörden wurden an Schweigepflicht und Datenschutz gebunden und haben kein Sprachrohr zur Öffentlichkeit. Es gibt keine Schulversuche mehr, um die neuen Methoden in kleinem Rahmen in der Praxis zu erproben, um sie allenfalls ohne grosse Kosten und Verluste rückgängig machen zu können. Damit die Öffentlichkeit, die meist millionenschweren Projekte als erfolgreich wahrnimmt, werden sie mit Gefälligkeitsgutachten, präparierten Umfragen und PR-Methoden vermarktet. Die Tagesmedien übernehmen solche präparierten Erfolgsmeldungen aus zeitlichen Gründen meist unkritisch. Mit solchen gefilterten Informationen werden die Stimmbürger im Stich gelassen und sie können sich keine objektive Meinung bilden, wenn sie sich nicht zusätzliche Informationen bei Alternativmedien beschaffen.

Die Volksinitiative «Mehr Qualität – eine Fremdsprache in der Primarschule», die am 21. Mai im Kanton Zürich zur Abstimmung kommt und namentlich von Zürcher Lehrerverbänden unterstützt wird, will eine der bisherigen Frühfremdsprachen wieder auf die Oberstufe verlegen, um dem Deutschunterricht als unverzichtbare Grundlage für das Lernen in allen Fächern wieder mehr Priorität einzuräumen.

Peter Aebersold Zürich

Solide Grundlagen in Deutsch als Voraussetzung für das Lernen von Fremdsprachen

Die Spitzen der Schweizer Gewerbeverbände sind gut beraten, wenn sie ihre Bejahung des Lehrplan 21 und von zwei Fremdsprachen an der Primarschule noch einmal gründlich unter die Lupe nehmen. Was die Schweizer Wirtschaft braucht, sind Schulabgänger mit soliden Grundlagen in Deutsch, MINT-Fächern, Fremdsprachen, aber auch in den praktischen Fächern. Da bin ich als langjährige Berufsschullehrerin ganz Ihrer Meinung.

Ihren Wunsch, dass in Zukunft das Niveau des Fremdsprachenunterrichts mit «besseren Lehrmitteln und klareren Zielen» angehoben werden könnte, teile ich ebenfalls. Nur wird das auf der Grundlage des sogenannten «kompetenzorientierten» und mehrheitlich «selbstorganisierten» Lernens im Sinne des Lehrplan 21 nicht der Fall sein. Weder die Lehrplan 21-tauglichen Lehrmittel noch die Lernziele sind «besser» oder «klarer», im Gegenteil. Das gilt auch für das Fach Deutsch, das eine solide Grundlage für den Erwerb aller weiteren Gebiete legen müsste. Das Konzept des neuen Lehrplans beruht nicht auf der sorgfältig aufgebauten Vermittlung der Sprache durch den Lehrer, so dass die Kinder Satzbau, Grammatik, Rechtschreibung und Wortwahl von Grund auf lernen können. Sondern der Lernstoff wird den Schülern in unzusammenhängenden Portionen zur Durcharbeitung im Alleingang vorgesetzt, während die Lehrerin nur noch als Coach tätig ist. Das gilt übrigens auch für den Bereich «Berufliche Orientierung», ob er nun Modul oder Fach genannt wird. Sogar lernstarke und leistungswillige Kinder können dabei unter die Räder kommen, wenn sie das Denken in Zusammenhängen in der Volksschule nicht mehr lernen können. Immer mehr Eltern schicken deshalb ihre Kinder in Privatschulen, falls sie sich das leisten können. Chancengleichheit für alle sieht anders aus!

Nach neun Schuljahren sollten eigentlich praktisch alle Schülerinnen und Schüler einigermaßen deutsch lesen und schreiben können. Sie wissen so gut wie ich, dass dies bereits heute nicht mehr der Fall ist. Mit dem Lehrplan 21 wird dies noch viel weniger erreicht werden können. Damit in der Primarschule mehr Zeit für die deutsche Sprache zur Verfügung steht, sind wir gut beraten, am 21. Mai für die Fremdspracheninitiative zu stimmen.

Marianne Wüthrich, Zürich

Digital oder dialogisch?

Von Carl Bossard, 19.03.2017

Internet und Big Data verändern das Lernen radikal. Gehört darum dem digitalen Studenten die Zukunft? fragte kürzlich die FAZ und fügte bei: Das wäre beängstigend. Ein Klärungsversuch.

Längst haben die Digitaltechniken unsere Lebenswelt besetzt. Der Computer, das Internet, die Sozialen Medien lassen sich nicht mehr wegdenken. Die Digitaltechniken sind in nahezu alle Lebensbereiche vorgedrungen; sie bestimmen unseren Alltag. Ohne Wenn und Aber. Wir alle benutzen sie. Ein Zurück gibt es nicht.

Die Digitaltechniken dominieren den Alltag

Das digitale Panoptikum von Internet, Smartphone und Google Glass bestimmt auch die Lebenswelt der Jugendlichen – und verändert das Unterrichten. Der Schul- und Lernalltag digitalisiert sich. Das hat Folgen.

Blind, berauscht und benommen darf man die Konsequenzen nicht hinnehmen. Sie sind abzuschätzen und zu bedenken. Doch "zu Ende denken ist ein hartes Los", schrieb der ehemalige Verwaltungsratspräsident der Schweizerischen Bankgesellschaft SBG, Dr. Robert Holzach.¹ Weiterdenken und das Gesetz der unbeabsichtigten Nebenwirkungen² ausloten, das ist bei einem so radikalen Paradigmenwechsel wie der digitalen Bildungsrevolution zwingend.

"Online-Bildung wird die Welt verändern"

Der selbstbestimmte Student lernt online und debattiert im E-Forum! Der Schlachtruf erfasste fast alles. 2012 waren Massive Open Online Courses MOOCs der Hype der Saison und wurden als grösste Revolution seit dem Buchdruck und der Schulpflicht gefeiert. Die New York Times rief "Das Jahr des Mooc" aus.

Die Digitaltechniken machen es aus der Sicht vieler möglich: Bildung für alle über MOOCs, persönlich zugeschnittenes Lernen, Big Data für die Studienberatung sowie Computerspiele statt Zeugnisse bei der Jobbewerbung – ein kleiner Ausschnitt dessen, was unsere Welt zurzeit revolutioniert. Darin liege die Zukunft des Lernens. Und diese Zukunft komme wie ein Tsunami auf uns zu. Orwell realisiere, wovon Humboldt träumte: Er demokratisiere die Bildung und mache sie für alle zugänglich. Es gebe sie nun wie Anzüge von der Stange: als Massenware. Davon sind die Bildungsexperten Jörg Dräger und Ralph Müller-Eiselt der deutschen Bertelsmann Stiftung überzeugt.³

Der virtuelle Tutor als Lehrer der Zukunft

Die beiden Protagonisten gehen gar noch weiter: Der neueste Wurf der digitalen Bildung ist nicht mehr der kollektive MOOC, sondern der virtuelle Tutor. Er beschult Schülerinnen und Studenten sowie lebenslang Lernende persönlich – und zwar über ihre gesamte Bildungsvita. Notwendig dazu sind bloss Strom, WLAN und ein Tablett.

Das geht so: Ein Schüler erhält täglich den auf ihn zugeschnittenen Lehrplan; ein Rechenzentrum erstellt ihn über Nacht. Die Lernsoftware ermittelt für jeden Studenten die optimalen Fächer und überwacht seine Arbeitsschritte. Algorithmen analysieren seine Lernfortschritte und übermitteln ihm Feedbacks, erkennen seine Fehler und zeigen Lösungswege. Dazu gehören auch die voraussichtlichen Abschlussnoten. Ein Konzern lässt den gleichen Studenten in einem virtuellen Restaurant Sushi servieren. Das Computerspiel sagt seinen Berufserfolg vorher.

So verlaufe die digitale Zukunft des Lernens, maschinengesteuert und individualisiert, prognostizieren Jörg Dräger und Ralph Müller-Eiselt in ihrer Publikation.

Umstrittener Hightech-Einsatz im Klassenzimmer

Der Zeitgeist spricht darum von Bildung 4.0: Lernen und Bildung lassen sich vollständig an Medien und Technik binden – und damit an digitale Lernfabriken, in denen ein unbestechlicher Algorithmus seines pädagogischen Amtes waltet. Digitales statt Analoges, zuverlässige Hightech statt Mängelwesen Mensch. Das ist der eine Standpunkt, der digitale – und damit die Zukunft, wenn man den Silicon Valley-Digitalisten und den beiden Bertelsmann-Experten vertraut.

¹Robert Holzach (1987), Gedachtes und Nach-Gedachtes. Anmerkungen für die Freunde. Weinfelden: Wolfau-Druck Rudolf Mühlemann. 22.

²Eduard Spranger (1962), Das Gesetz der ungewollten Nebenwirkungen in der Erziehung. Heidelberg: Quelle & Meyer.

³Jörg Dräger, Ralph Müller-Eiselt (2015), Die digitale Bildungsrevolution. Der radikale Wandel des Lernens und wie wir ihn gestalten können. München: Deutsche Verlags-Anstalt. Der eine ist Vorstand, der andere Bildungsexperte der Bertelsmann-Stiftung.

Dieser Position diametral gegenüber steht die andere Ansicht, die dialogische: "Ich wehre mich heftig gegen den Glauben, dass man technologische Hilfsmittel braucht, um Kindern Grammatik beizubringen", sagt Alan Eagle, Mitarbeiter bei Google im kalifornischen Silicon Valley und Vater zweier Kinder. Er selber hat ständig mit neuen Technologien zu tun; doch seine Kinder im Alter von elf und 13 Jahren können noch kaum mit Google umgehen. "Die Idee, dass eine iPad-App meinen Kindern besser lesen oder Arithmetik beibringen können soll, ist lächerlich", so Eagle.⁴

Die Macht der Konzerne

Digital oder dialogisch? Beim Unterrichten gilt kein Entweder-oder. Es vermag zwar das schulische Hightech-Labor und die technikfreie Waldschule zu unterscheiden. Doch solches Polaritätsdenken verkennt, dass Lehren und Lernen stets eine Disziplin des Sowohl-als-auch sind.

Umso ärgerlich es ist, dass Industrien und Internetkonzerne, unterstützt von kantonalen Bildungsverantwortlichen, mit aller Macht die Digitalisierung der Schulen vorantreiben und den Unterricht einseitig auf digitale Lehrmittel und Methoden umstellen – mit weitgehend unkritischer Begleitung von Medien und Öffentlichkeit. Wer will schon der schönen, neuen Welt 4.0 mit Skepsis begegnen? Er gälte als hoffnungslos hinterwäldlerisch.

Jede bedeutsame Einsicht will gedanklich erarbeitet sein

Doch der forcierte Aufbau technologischer Lehr- und Lernstrukturen verkennt, ja negiert die humanen und sozialen Dimensionen des Lehrens und Lernens. Vergessen gehen Persönlichkeit und Dialog. Und unterschätzt wird die Tatsache, dass Menschen sich daran gewöhnen, das zu tun, was die Digitaltechnik-Maschinen ihnen vorsagen. Dazu kommt die Kontrolle via Netz und Big Data Mining. Digitale Bildung macht den Lerner gläsern; im Netz hinterlässt er unauslöschliche Spuren.

Der heutige Unterricht kommt nicht ohne moderne Medien aus – das steht ausser Zweifel. Das Lernen darf jedoch nicht allein von der Digitaltechnik determiniert sein. Jede Einsicht von Bedeutung will gedanklich erarbeitet sein. Das erspart uns keine Maschine. Die vital präsente Lehrerin, der fachlich überzeugende Dozent behalten darum ihren Platz im Unterrichtsraum. Die Effektwerte entspringen ihrem Unterricht und aus dem persönlichen Kontakt. Auf sie und ihr Wirken kommt es an. Das zeigen alle Resultate der umfangreichen John Hattie-Studie ebenso wie die Forschungsergebnisse der Neurobiologen Gerhard Roth und Joachim Bauer. Und aus der eigenen Schulzeit wissen wir es alle.

Lernt der Mensch digital?

Der Konfettiregen an Informationen und die vielen Daten-Halden fördern nicht unbedingt das Verständnis und die Erkenntnis; das gehört zu den Merkwürdigkeiten moderner Medien. Und keine empirische Studie kann nachweisen, dass der frühzeitige Einsatz elektronischer Medien dies bewirken würde und positive Effekte hätte. Im Gegenteil: Es sind Personen, die uns zu Verstehenden machen.⁵ Im analogen Dialog und sokratischen Diskurs. Bildung ist immer und notwendig an Individuen gebunden.⁶

„Der Glaube, dass Bildung durch ein Computerprogramm ersetzt werden kann, ist ein Mythos. Der menschliche Kontakt und das Mentoring machen den entscheidenden

⁴<http://www.presstext.com/news/20111024003>; der ganze Beitrag: <http://futur-iii.de/2015/11/24/mit-smartphone-und-wlan-lernt-man-besser-ihre-telekom/>

⁵Vgl. Gerhard Roth (2011), Bildung braucht Persönlichkeit. Wie Lernen gelingt. Stuttgart: Klett-Cotta, s. 287ff.

⁶Peter Bieri (2010), Wie wäre es, gebildet zu sein? In: Lessing Hans-Ulrich/Steen- block Volker (Hg.), «Was den Menschen eigentlich zum Menschen macht...». Klassische Texte einer

Unterschied bei den Lernergebnissen aus⁷, sagt der deutsche IT-Forscher Sebastian Thrun. Er weiss, wovon er redet; er lehrt als Professor für Künstliche Intelligenz an der Stanford University.

Bildung braucht Beziehung

Thruns Aussage basiert auf einem pädagogischen Wissen, das Vertrauen und Beziehung als Basis des Lernens sieht. Diese Einsicht erschliesst sich aus den Ergebnissen empirischer Lernforschung. Sie postulieren auch für digitale Technik und neue Medien das didaktische Prinzip: Unterrichten ist Beziehungsarbeit und damit ein intersubjektives Geschehen zwischen Lehrenden und Lernenden. Tablets und Smartphones bleiben dabei normale Lernhilfsmaterielien wie Bleistift oder Gummi.⁸[8] Sie sind Mittel, aber nicht Ziel.

Die Innovativen bleiben auf der Strecke

Schweizerzeit 24.3.2017

Die «Schweizerzeit» im Gespräch mit dem Jugendarzt Dr. med. Hannes Geiges, Rüti ZH
Dr. Hannes Geiges gehört zu den profiliertesten Kritikern der hektischen, wenig erprobten Reformitis in der Volksschule. Den Lehrplan 21 bezeichnet er als bildungsfeindlich.

Als Arzt, der sich vor allem mit Jugendlichen befasst, steht Dr. Hannes Geiges mit seiner Kritik überhaupt nicht allein. Die von ihm geäusserten Bedenken teilen die meisten Kinderärzte.

Überregulierung macht krank

«Schweizerzeit»: Herr Geiges, Ihre schulpolitische Haltung, Ihre Kritik an den ausufernden Schulreformen basiert auf Ihren Erfahrungen als Kinderarzt. Erfahren Sie die gegenwärtige Form der Unterrichtserteilung als krankheitsfördernd?

Dr. Hannes Geiges: Zunächst eine Präzisierung. Ich bin nicht in erster Linie Kinderarzt. Ich bin vorwiegend Jugendarzt. Die meisten meiner Patienten sind Schülerinnen und Schüler zwischen dem fünften Altersjahr und dem Lehrabschluss.

Der Jugendliche verbringt den Hauptteil seines Tagesablaufs in der Schule. Die Schule prägt ihn. Erfolgt die Prägung negativ, dann sind die Konsequenzen negativ. Selbstverständlich werden nicht alle Schüler als Folge der heutigen Unterrichtserteilung krank. Aber schwierige Kinder, die sich schwer einfügen, die möglicherweise aber auch höchst originelle Ideen in sich tragen, geraten durch den überreglementierten Lehrplan, wie er heute von den Pädagogischen Hochschulen erzwungen wird, unter die Räder. Dies äussert sich bei Mädchen oft körperlich: Viele erbrechen, damit sie nicht zur Schule gehen müssen. Buben reagieren eher aggressiv oder sie begehen Dummheiten, damit sie wenigstens im Mittelpunkt stehen. Viele schlüpfen auch in eine Clown-Rolle.

Die Gefühlswelt verdorrt

Worin gründet Ihre Hauptkritik am heutigen Schulsystem?

Philosophie der Bildung. Freiburg im Breisgau: Verlag Karl Alber, S. 205ff.

⁷Ralf Lankau (2014), Ohne Dozenten geht es nicht, in: DIE ZEIT, 9.1.2014, S. 61. [8] Vgl. Anja Burri, Die perfekte Lehrerin, in: NZZaS, 12.3.2017, S. 23.

⁸Vgl. Anja Burri, Die perfekte Lehrerin, in: NZZaS, 12.3.2017, S. 23.

Das Schulsystem wird ausgerichtet auf jene vielen hundert Kompetenzen, die im Lehrplan 21 aufgezählt sind. Bis in alle Details wird vorgeschrieben, wie der Unterricht zur Zielerreichung ausgestaltet werden muss. Dabei wird alles Handwerkliche, aber auch das Musische sträflich vernachlässigt. Die Kreativität der Jugendlichen wird abgewürgt statt gefördert. Wer nicht ins bis ins kleinste ausgetüftelte Schema passt, wird zum Aussenseiter, zum Therapie-Fall.

Die Gefühlswelt wird von diesem schematisierten Unterricht weitgehend ausgeklammert. Übersehen wird, dass junge Menschen lernen, weil sie ihr Lehrer für den Stoff zu begeistern vermag. Jugendliche bereits ab früher Primarklasse an per Computer übermittelten Programmen lernen zu lassen, erachte ich als verhängnisvoll. Der Schüler kann so nicht lernen, auf eine Persönlichkeit, auf seine Lehrerin, seinen Lehrer einzugehen.

Der Lehrer, der mit grossem Engagement den Unterricht persönlich gestaltet, wird vom «System» abgelehnt. Erfahrungen, die er macht, interessieren niemanden. Das frustriert jeden guten Lehrer, jeden Pädagogen. Und das wiederum lässt viel zu viele Kinder emotional regelrecht verkümmern. Die Persönlichkeitsentwicklung der jungen Menschen leidet enorm darunter.

Kommen solche Schüler zu mir in die Praxis, zeige ich ihnen oft Bilder von Gesichtern, aus welchen Wut, Freude, Trauer, Aggressivität oder andere Gefühle sprechen. Doch auf Bildschirme fixierte Kinder – auch ihre Freizeit verbringen sie meist viel zu lange am Bildschirm – vermögen sichtbare Gefühlsregungen nicht mehr zu erkennen. Sie sprechen zwar von der Haarfarbe, von der Haarlänge, der Augenfarbe der Abgebildeten. Ihre Gefühlsregung nehmen sie nicht wahr. Das muss alarmieren, denn es zeugt von beklagenswerter Verarmung der Gefühlswelt.

Hektische Reformitis

Wird heute über «die Schule» diskutiert, dann stehen meistens aktuelle Schulreformen im Mittelpunkt. Dabei hat man den Eindruck, dass sich unterschiedliche, sich teilweise gar widersprechende Reformen in derart raschem Rhythmus folgen, dass sorgfältige Auswertung gar nicht mehr möglich ist und auch kaum je gründlich stattfindet. Ist solcher Eindruck bloss Folge oberflächlicher Betrachtung? Ist er als polemisch zu verwerfen – oder entspricht er der Wirklichkeit?

Ihre Beobachtung teile ich weitestgehend. Aber nicht nur die Schüler sind Opfer dieser überhasteten, von Hektik geprägten Reformitis. Auch die Lehrer verzweifeln daran. Der «Lehrer-Verschleiss» ist im heutigen Schulsystem erschreckend gross. Den Lehrern fehlt ein Gegenüber. Sie sehen sich zu Stoffvermittlungs-Funktionären abgewertet. Bezüglich Klassenführung, bezüglich Entscheidungen für «ihre» Schüler sind sie entmachtet. Alles wird von oben befohlen. Das Befohlene wird am Schreibtisch entschieden – und von den Theoretikern zur allgemein gültigen Lehre erhoben. Widerspruch wird übergangen oder sanktioniert.

Frustrierte, «kaputte» Lehrer machen auch die Schüler und die Schule «kaputt». Aus ihrer Frustration heraus können sie gar nicht gute Lehrer sein. Schlimm an der heutigen Reformitis ist, dass fast alles, was von oben verordnet wird, nie sorgfältig erprobt worden ist. Es fehlt die Vernunft und der Verstand, die Schule in jenen Kantonen, die den Lehrplan 21 schon eingeführt haben, zunächst einmal während zehn Jahren zu beobachten, dann das Gute zu übernehmen, das Schlechte aber zu liquidieren. Würde man in der Medizin Neues mit gleicher Hektik einführen, dann wäre man mit verheerenden Folgen konfrontiert. Wenn es um Schüler geht, gilt Erfahrung offenbar nichts. Was der Theoretiker für richtig hält, das gilt.

Die Kinderärzte warnen seit Jahren vor den negativen Folgen der auf Erprobung generell

verzichtenden Reformitis. Das hat zu Konsequenzen geführt: Kinderärzte, die doch wohl Wesentliches zur Entwicklung von Kindern beizutragen hätten, sind aus der Vernehmlassung zum Lehrplan 21 kurzerhand ausgeschlossen worden. Kritik scheint die Theoretiker zu stören – also wird sie unterbunden! Eine unglaubliche Entscheidung – welche wahrscheinlich noch negative Folgen zeitigen wird.

Die Viel-Lehrer-Schule

Wesentlicher Pfeiler heutiger Unterrichtserteilung ist der Beizug vieler Spezialisten für die laufend auftauchenden Probleme. Die meisten Primarklassen werden von mindestens zwei Lehrern – teils gemeinsam, teils im Job-Sharing – geführt. Für Probleme werden rasch Heilpädagoginnen und Therapeuten beigezogen. Wie beurteilen Sie diese Entwicklung?

Das heutige System – gepaart mit dem von ihm hervorgerufenen Lehrer-Verschleiss – hat zur Folge, dass Primarschul-Jahrgänge oft mit sechs oder sieben Lehrpersonen konfrontiert sind – ständigem Wechsel ausgesetzt. Das ist für Kinder katastrophal. Kinder wollen Lehrer kennen, lieben – und damit respektieren lernen. Bis es soweit ist, hat oft bereits wieder ein Wechsel stattgefunden.

Die Abschaffung der Kleinklassen, besonders auch der Einschulklassen war aus meiner Sicht eine der grössten Fehlentscheidungen überhaupt. In den Kleinklassen wurden schwierige und schwache Schüler unterrichtet. Die Lehrer, die solche Klassen führten, suchten bewusst die Herausforderungen, die von solch schwierigen Schülern ausgingen. In Kleinklassen konnten sich Lehrer diesen Schwierigen persönlich intensiv widmen. Das löste Entwicklung aus – und vermittelte dem mit schwierigen Schülern arbeitenden Lehrer persönliche Befriedigung. Heute wird jeder Lehrer gezwungen, sich auch mit sehr schwierigen Schülern, die seinen Unterricht jeden Tag schwer stören, herumschlagen zu müssen.

Auch die Entmachtung des Klassenlehrers in den Spezialisten-Schulen zeitigt negative Folgen: Heute ist der Klassenlehrer eigentlich nur noch Blitzableiter bei Reklamationen. Zur Führung der Klasse, zu pädagogischen Fragen hat er nahezu nichts zu sagen. Seine Freude am Beruf geht rasch verloren. Ein freudloser Lehrer kann seine Schüler nicht zum Lernen motivieren. Zumal Erfahrungen, die der Lehrer sammelt, niemanden interessieren. Die Besserwisser in den Pädagogischen Hochschulen diktieren alles.

Der Lehrer als Coach

In Reformpapieren werden die Lehrkräfte zunehmend als Coaches bezeichnet, die Schülern individualisierte Lernprogramme vermitteln, mit denen sich die Schülerinnen und Schüler dann selbständig zu befassen haben. Hat das Klassenlehrer-Modell ausgedient?

Der Coach ist gedacht als Ersatz für die eliminierte Bezugsperson. Dies könnte er sein, wenn er auf der Grundlage seiner persönlichen Erfahrung im Umgang mit jungen Menschen handeln könnte.

Im schematischen, ab Bildschirm vorgegebenen Ablauf des Unterrichts geht die so wertvolle Kreativität verloren. Was im Schüler an Kreativität steckt, wird abgewürgt. Eigenartig ist, dass die Wirtschaft dieses kreativitätstötende System nicht vehement kritisiert. Schliesslich verlangt die Wirtschaft laufend Innovation. Sie sucht Mitarbeiter, die Innovation voranbringen. Unser Schulsystem aber würgt Originalität, unabdingbare Voraussetzung für Innovation, systematisch ab.

Was halten Sie von «selbstbestimmtem Lernen»?

Die Theorie des selbstbestimmten Lernens hat nie an Jugendliche gedacht. Alle mir bekannten Kinderärzte kritisieren diese von Theoretikern der Schule aufgezwungene

Utopie. Vielleicht ein Viertel der Kinder, die viferen, finden sich in diesem System zurecht. Dreiviertel bekunden Mühe. Viele hängen ganz einfach ab.

Kinder können irgendeine Technik noch so lange üben – wenn das Hirn nicht mitkommt, bleibt das Üben fruchtlos. Der Mensch ist kein Trainingsprodukt. Die Entwicklung des Menschen wird vom Hirn gesteuert, welches sich nicht nach dem Stundenplan der Schultheoretiker und Utopiker mit ihrem Lehrplan 21 richtet.

Was halten Sie von altersdurchmischten Schulklassen und altersdurchmischem Unterricht?

Eigentlich gehen die Theoretiker des altersdurchmischten Unterrichts zurück auf die Zeit von Pestalozzi – weil es damals keine Lehrer gab. Man hat daraufhin rasch gemerkt, dass ein System «alle im gleichen Schulzimmer» nicht ideal ist. Heute will man dahin zurück – aus gesellschaftspolitischer Theorie, nicht aus bildungspolitischer Erfahrung.

Ein Blick auf die Oberstufe illustriert die fragwürdige Entwicklung: Früher war der Sek A-Lehrer derjenige, der mit Freude die Lernbegierigen, auch die Streber unterrichtete – bildungswillige junge Menschen, von denen viele den Weg in eine Mittelschule suchten. Der Reallehrer, der Sek B-Lehrer, unterrichtete mit innerem Engagement intellektuell Schwerfälligere. Er nutzte handwerkliche Fächer, er nutzte das Werken und liess die Schüler damit zuvor nicht bewusste Begabungen entdecken, die der Lehrer dann förderte – auf dass Schüler zu tüchtigen Berufsleuten heranwachsen konnten.

Heute hat man den Einheitslehrer ohne Rücksichtnahme auf seine eigenen Präferenzen und Fähigkeiten – eine Nivellierung, die der Schule nur geschadet hat. Der Schaden wird verstärkt durch die Früheinschulung. Als Folge der Früheinschulung müssen junge Menschen heute ein halbes oder ein ganzes Jahr früher ihre Berufsentscheidung treffen – in einem Zeitpunkt, in der die noch unreife Hirnentwicklung nicht erlaubt, sich zu entscheiden, welchen Weg sie einschlagen wollen. Der Druck zur Früheinschulung ist wesentlich schuld an den viel zu vielen Lehrabbrüchen. Auch wenn dem Abbruch meistens ein Neubeginn in anderem Beruf folgt: Er ist ein Negativ-Erlebnis, das sich selten positiv auf den Jugendlichen auswirkt.

Lehrplan 21

Wie stehen Sie zum Lehrplan 21? Was halten Sie vom kompetenzorientierten Lernen?

Meine Hauptkritik habe ich bereits formuliert: Da wird den Schulen ein von oben aufwändigst ausgetüfteltes, den Unterricht bis in alle Einzelheiten reglementierendes System aufgezwungen, das nie und nirgends je erprobt worden ist. Dabei wurde der jeweilige Stand der Hirnentwicklung völlig missachtet. Für ein Viertel ist es gut, zwei Viertel finden sich mit Mühe knapp zurecht und ein Viertel der Schüler erleidet Schaden. Der Begriff vom «kompetenzorientierten Lernen» bleibt offensichtlich bewusst ohne klare Definition – als Blendwerk für Arbeitgeber. Mit konkreten Lerninhalten hat dieser Modebegriff nicht viel zu tun.

Früher Fremdsprachen-Unterricht

Wie stehen Sie zum Konzept, wonach bereits in der Primarschule zwei Fremdsprachen unterrichtet werden sollen?

Der Zwang zu zwei Fremdsprachen auf Primarschulstufe ist ein Musterbeispiel einer nicht erprobten, von illusionären Theorien gespeisten Schulreform. Längst ist erwiesen, dass der frühe Fremdsprachenunterricht kaum positive Spuren hinterlässt. Er ist Zeitvertreib ohne gewinnbringende Wirkung. Er erfolgt hauptsächlich auf Kosten der mathematischen und naturwissenschaftlichen Fächer. Deren Abdrängung illustriert den Schaden, den die Sprachlastigkeit anrichtet. Die mehr an Sprachen interessierten Mädchen finden sich darin

eher zurecht als allzu viele Buben, die dann einfach abhängen. Die Vernachlässigung der Realien-Fächer auf Kosten der Sprachlastigkeit schadet den Naturwissenschaften in unserem Land enorm.

Man weiss seit langem, dass die von oben verfügte Sprachen-Lastigkeit die Qualität der Volksschule untergräbt. Aber noch immer klammern sich Theoretiker und Politiker an den längst widerlegten Mythos, wonach junge Menschen Fremdsprachen gleichsam «von selbst», nur schon vom Hören lernen würden. Das trifft zweifellos für das Kleinkind zu, das die Muttersprache von der Mutter lernt. Aber es trifft nie und nimmer für Primarschüler zu, denen man zwei oder drei Lektionen pro Woche, allenfalls gar in zwei Fremdsprachen verordnet.

Ihr Verhältnis zur CVP

Sie sind Mitglied der CVP. Ihre hier geäusserten Überzeugungen zum Bildungswesen finden in der CVP allerdings kaum Echo. Ein Widerspruch?

Ja, ich bin Mitglied der CVP. Ich habe mich für diese Partei entschieden, weil die CVP die Familienpolitik auf ihre Fahne geschrieben hat. Dass man heute als Familienpartei die Zerstörung zwischenmenschlicher Beziehungen im Bildungswesen einfach hinnimmt, ist für mich völlig unverständlich. Da diktiert die Angst der Schul-Reformer vor Gesichtsverlust, wenn man das Scheitern dieser Reformen zugeben müsste.

Die Schul-Reformitis geht freilich nicht von einer Partei aus. Es war eine bestimmte Person, die sie aktiviert hat: Ernst Buschor; er ist CVP-Mitglied. Und das scheint die CVP dazu bewogen zu haben, Buschors utopische, praxisfremde und unerprobte Bildungstheorien zu übernehmen und dafür jugendgerechte Familienpolitik über Bord zu werfen. Man folgt dem vermeintlichen Mainstream, verbreitet dessen Utopien und Behauptungen, weigert sich aber, Erfahrungen und wissenschaftliche Erkenntnisse zu akzeptieren. Dass das nicht gut herauskommen wird, ist absehbar. Diese Generation unserer Kinder tut mir leid.

Herr Dr. Geiges, ich danke Ihnen herzlich für dieses Gespräch.

Das Interview mit Dr. med. Hannes Geiges führte Ulrich Schlüer.

Das Leiden der Lehrer

SonntagsZeitung 26.3.2017, Nadja Pastega

Mit praxisfernen Neuerungen wird der Unterricht erschwert. Nun formiert sich Widerstand – auch gegen den Lehrerverband, der sich nicht für seine Mitglieder einsetzt.

Die Lehrer in Basel-Stadt proben den Aufstand. Am letzten Mittwoch verabschiedete die Kantonale Schulkonferenz, das Mitspracheorgan aller Lehrkräfte, eine Resolution gegen die externen Leistungschecks an den Schulen. Das sind standardisierte Prüfungen, die seit einigen Jahren für alle Schüler in den Kantonen Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Aargau und Solothurn obligatorisch sind. 1818 von 2210 Basler Lehrern stimmten für die Abschaffung.

Die Leistungschecks seien aufwendig, teuer, förderdiagnostisch unbrauchbar und führten zum «Unterrichten auf den Test hin», heisst es in der Resolution. Der schriftliche Protest wurde beim Erziehungsdepartement eingereicht.

In Bern war es eine Woche zuvor soweit. In einem offenen Brief an den kantonalen

Bildungsdirektor Bernhard Pulver (Grüne) fordern Lehrkräfte in Ostermündigen mehr Stellenprozente für die Kindergarten- und Unterstufenklassen – ohne Team-Teaching sei die Integration der vielen verhaltensauffälligen Kinder nicht zu schaffen. Die Kids störten den Schulbetrieb, hätten Wutanfälle und würden einfach davonrennen, wenn ihnen etwas nicht passt. Laut Integrationsartikel im Volksschulgesetz müssen auch diese Kinder in den normalen Klassen unterrichtet werden. So haben es Bildungsreformer auch in anderen Kantonen durchgesetzt. Es brodelt an der Basis. In mehreren Kantonen kocht der Ärger hoch über ständige Reformen, die an den Schreibtischen von praxisfernen Theoretikern entworfen wurden. Ein Teil des Unmuts richtet sich gegen die Verbände, von denen sich die Praktiker kaum noch vertreten fühlen. Dieses Unbehagen schlägt sich auch in den Mitgliederzahlen nieder.

Angst vor einer Retourkutsche der Verbandsoberen

Mit rund 50'000 Mitgliedern ist der Dachverband der Schweizer Lehrer (LCH) die grösste Organisation. Unter Präsident Beat Zemp hat sich die Gewerkschaft als wichtige Instanz in der Schweizer Bildungslandschaft etabliert. Wann immer ein Statement zu schulischen Belangen gefragt ist: Zemp ist omnipräsent. Doch der Verband kämpft, von der Öffentlichkeit unbemerkt, mit sinkenden Mitgliederzahlen. Vor allem aktive Vollzeitlehrer und Pädagogen, die ein grosses Pensum unterrichten, kehren dem Verband den Rücken. Bei diesen Lehrern sei die Zahl der Mitglieder «gesunken», sagt LCH-Zentralsekretärin Franziska Peterhans. Nach stetig abnehmendem Mitgliederbestand sei 2017 nun erstmals wieder ein Anstieg zu verzeichnen – vor allem dank Beitritten von pensionierten Lehrern.

Kritiker des LCH gibt es mittlerweile einige. Ihren Namen wollen sie nicht in der Zeitung lesen, aus Angst vor einer Retourkutsche der Verbandsoberen. Der Vorwurf, den sie erheben, ist happig: Der LCH trete zunehmend als Wasserträger der Bildungsverwaltungen und der Eidgenössischen Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) auf. Statt die Anliegen der Basis zu vertreten, betreibe die Lehrer-Gewerkschaft Behördenpolitik und sei zum «verlängerten Arm der EDK» mutiert.

Mitgliederbefragungen, so die Kritik, gebe es kaum noch. Vernehmlassungsantworten würden hinter verschlossenen Türen in einer kleinen Expertengruppe erarbeitet. Die Stellungnahmen des LCH würden an der Basis zunehmend als «abgehoben» und «realitätsfern» empfunden. Der LCH nicke zudem jede Reform ab. Dabei formuliere er jeweils eine Reihe von Forderungen, sogenannte Gelingensbedingungen, die in der Regel nicht finanzierbar und damit illusorisch seien. Die Forderungen fielen unter den Tisch, wenn die Umsetzung in den Kantonen anstehe. Mit den Folgen der unausgegorenen Rezepte müssten sich dann die Praktiker in den Schulzimmern herumschlagen. Zum Beispiel beim Fremdsprachenunterricht.

Der LCH unterstützt das umstrittene EDK-Sprachenkonzept, das den Unterricht von zwei Fremdsprachen in der Primarschule vorsieht. Daran knüpfte er eine lange Liste von Gelingensbedingungen, etwa Team-Teaching und kleinere Klassen sowie ein ausfinanziertes Evaluationskonzept durch eine wissenschaftlich qualifizierte Agentur, der Publikationsfreiheit zugestanden wird. Pro mittelgrosse Schuleinheit sollte zudem mindestens ein qualifizierter «Master Teacher» freigestellt werden, der die Sprachlehrer unterstützt.

Von dieser Linie habe sich der LCH «sang- und klanglos» verabschiedet, sagt Hans-Peter Amstutz, ehemaliger Oberstufenlehrer und Bildungsrat im Kanton Zürich. «Die meisten Lehrer hofften, dass mit der wirkungsvollen Unterstützung des LCH bessere Rahmenbedingungen erzielt werden könnten. Doch in den meisten Kantonen hat sich nichts bewegt.»

Inzwischen haben einige kantonale Lehrerverbände zur Selbsthilfe gegriffen und Initiativen

gestartet, um den Unterricht in der Primarschule auf eine Fremdsprache zu beschränken. Im Kanton Zürich wird darüber am 21. Mai abgestimmt.

Der Begriff «Lehrer» wurde aus dem Namen gestrichen

Zu den Dauerbrennern in den Lehrerzimmern gehören die Auflösung der Kleinklassen und die Integration von verhaltensauffälligen und lernbehinderten Schülern in die normalen Klassen. Auch hier hat der LCH eine Liste von Forderungen aufgestellt. Das Pensum der Klassenlehrer sollte auf 24 Stunden reduziert werden, damit mehr Zeit für die Betreuung der schwierigen Schüler bleibt. Im Kanton Zürich sind es aber immer noch 28 Stunden, ähnlich sieht es in anderen Kantonen aus. «Es war von Anfang an klar, dass diese Forderung völlig utopisch ist», sagt Amstutz. «Im Kanton Zürich hätte nur schon die Reduktion um eine Stunde Kosten von 30 Millionen Franken pro Jahr generiert.» Eine zweite Forderung des LCH lautet, dass es auf vier bis fünf Klassen eine Heilpädagogin geben müsse. Im Kanton Zürich seien es doppelt so viele Klassen pro Heilpädagogin, sagt Amstutz. In anderen Kantonen sehe es nicht besser aus. Der LCH wehrt sich gegen den Vorwurf, die Lehrer an der Basis nicht mehr angemessen zu vertreten. «Uns ist keine Erhebung bekannt, wonach Mitglieder nicht mehr zufrieden sind», sagt Zentralsekretärin Franziska Peterhans. «Im Gegenteil, wir erhalten immer wieder Briefe, Mails und direkte Rückmeldungen als Dank für unseren Einsatz zugunsten der Lehrerschaft und einer guten Schule.»

Derweil versuchen die LCH-Sektionen in den Kantonen, die Mitgliederzahlen wieder anzukurbeln. Die kantonalen Lehrerverbände wollen sich gegenüber anderen Berufsgruppen im schulischen Umfeld öffnen. Neu sollen auch Schulsozialarbeiter, Sozialpädagogen oder Schulpsychologen Mitglied werden können. Der Lehrerverband im Kanton Bern hat sich bereits semantisch neu ausgerichtet. Das Wort «Lehrer» wurde aus dem Namen gestrichen – der Verband heisst neu «Bildung Bern». (SonntagsZeitung)

Erstellt: 25.03.2017, 22:45 Uhr

Reaktionen zu «Das Leiden der Lehrer»

Was steckt hinter dem „Aufstand der Lehrer“?

Zum Artikel „Aufstand der Lehrer“, Sonntagszeitung vom 26. März 2017)

Ende der 1990er Jahre begann die lange Leidensgeschichte der Lehrer und der demokratischen Volksschule, als der Wirtschaftswissenschaftler, NPM-Stratege und Erziehungsdirektor des Kantons Zürich die Vermarktwirtschaftlichung der Volksschule zu einem profitorientierten Dienstleistungsbetrieb einleitete. Als erste Schritte wurden Manager (Schulleiter) und Frühenglisch eingeführt, Pädagogik und Lehrfreiheit aus den Schulzimmern verdrängt, Lehrer wurden zu Mitarbeitern und Schüler zu Klienten. Gleichzeitig führte die Kunst- und Sportschule Zürich mit dem „Wochenplan“ erstmals das „selbstgesteuerte Lernen“ ein, mit der Vision dereinst die Lehrer durch Computer ersetzen zu können.

Ab 2006 legte ein sechsköpfiges Projektteam mit dem Chefreformer der Lehrerdachorganisation LCH im Auftrag der D-EDK in den „Grundlagen für den Lehrplan 21“ die „Kompetenzorientierung nach Weinert/OECD“ mit dem „selbstgesteuerten Lernen“ fest. Erste Schritte Richtung „selbstgesteuertes Lernen“ bildeten die Abschaffung der Kleinklassen, die Totalintegration und die altersgemischten Schulen. Damit wurde bewusst eine Heterogenität geschaffen, die in vielen Schulzimmern den Klassenunterricht

verunmöglichten und die von oben propagierte Individualisierung für viele Lehrer unausweichlich wurde.

Die Folgen dieses radikalen Umbaus der bewährten Volksschule zeigten sich erstmals bei Pisa 2012, als die Schweiz in allen Fächern abstürzte, was mit Pisa 2015 noch schlimmer wurde. 2016 ebnete der LCH mit dem Leitfaden „Externe Bildungsfinanzierung“ den globalen Bildungskonzernen den Weg ins Klassenzimmer. Die Kantone bereiten sich auf die Einführung des Lehrplans 21 vor, der mit der OECD-Kompetenzorientierung auf der Unterrichtsebene das „selbstgesteuerte Lernen“ bringt. Um dafür die Voraussetzungen zu schaffen, werden die Schulen unter dem Schlagwort „Digitalisierung“ mit teuren Tablets und Computern ausgerüstet und neue, stoffarme Lehrmittel als „Selbstlernmittel“ Lehrplan 21-kompatibel gemacht. Klassenunterricht wird so verunmöglicht, der Lehrer aus dem Lernprozess gedrängt und zum „Lernbegleiter“ degradiert. Gleichzeitig sollen die Lehrer mit dem neuen Berufsauftrag den übrigen Staatsangestellten „gleichgestellt“ werden.

Die OECD Länder, die die OECD-Kompetenzorientierung eingeführt haben, stürzen auch bei Pisa 2015 immer weiter ab. Solche Länder wie Grossbritannien und Schweden haben die Volksschule bereits zu einem grossen Teil mit sogenannten „Freien Schulen“ privatisiert, bei denen der Staat (Steuerzahler) die Finanzierung übernimmt, während die privaten Betreiber die Lehrerlöhne drücken und grosszügige Dividenden ausschütten, was sich allerdings auf die Schulqualität verheerend auswirkt.

70% von 1200 Aargauer Lehrern lehnen in einer Umfrage das „selbstgesteuerte Lernen“ - den zentralen Punkt bei der Lehrplan 21-Reform - klar ab. Seit 2014 laufen den Schulen die Lehrer davon, nach fünf Jahren ist die Hälfte der Junglehrer weg. In vielen Kantonen sind Volksinitiativen hängig, um die bewährte Volksschule zu retten, die den bisherigen wirtschaftlichen Erfolg unsere ressourcenarmen Landes garantierte.

Peter Aebersold, Zürich

Leserbrief

Zum Artikel «Das Leiden der Lehrer» SonntagsZeitung online 26.3.2017

Gerne würde ich dem aufschlussreichen Artikel über das Leiden der Lehrer noch einen zusätzlichen Punkt beifügen:

Die ganzen Reformen und Erneuerungen im Schulwesen werden ja u.a. an den Pädagogischen Hochschulen ausgedacht. Hier ist die Kadenschmiede. Hier finden die Weiterbildungen für die Lehrpersonen statt und die angehenden Lehrerinnen und Lehrer werden bereits von Anfang an auf Kurs gebracht.

Junge Menschen ergreifen den Lehrerberuf voller Enthusiasmus, weil sie pädagogisch tätig sein möchten. Die Freude, den Kindern etwas beibringen zu können wird schnell getrübt u.a. durch das einseitig forcierte "selbst gesteuerte oder selbstorganisierte Lernen", bei dem viele Kinder ohne zusätzliche Hilfe von aussen resignieren. Der Unterricht wird nach den Regeln der Reformen gestaltet. Die Studenten können sich nicht wehren dagegen und die Lehrer müssen die obligatorischen Weiterbildungen an den PHs mitmachen.

Wer spricht über dieses Leiden?

Stefan Schäublin, Gockhausen

Leserbrief

Zum Artikel «Das Leiden der Lehrer» in der SonntagsZeitung vom 26. 3. 2017

Es ist Frau Pastega sehr zu danken, dass sie in ihrem aufschlussreichen Artikel die "Leiden der Lehrer" endlich einmal öffentlich gemacht hat. Als aufmerksame Zeitgenossen

haben wir nämlich bereits seit längerem ein ungutes Gefühl bezüglich der vielen Reformen im Schulwesen. Wir dürfen und wollen es nicht zulassen, dass unsere Lehrerinnen und Lehrer leiden, geht dies doch immer auf Kosten unserer nachfolgenden Generation!

Die Lehrerinnen und Lehrer fühlen sich offenbar schon lange von ihren Verbänden im Stich gelassen. Als aussenstehende Beobachterin frage ich mich nun zum Beispiel, wo eigentlich der Zürcher Lehrerverband ZLV in der Sprachenfrage steht. Da hat er doch nach einer Umfrage unter der Lehrerschaft die Initiative "Mehr Qualität – eine Fremdsprache in der Primarschule" mitlanciert. Diese liegt nun am 21. Mai zur Abstimmung vor. Man würde nun erwarten, dass er sich auf die Seite der Lehrerschaft stellt, die dafür ist, dass in der Primarschule zuerst einmal solide Deutsch und dann eine Fremdsprache gelernt würde. So gibt es die Initiative vor. Die zweite Fremdsprache erlernen die Schüler in der Oberstufe dann umso leichter. In Zürich, wo so viele Kinder ohnehin bereits Deutsch als erste Fremdsprache lernen müssen, wäre dies eine grosse Erleichterung sowohl für die Lehrer als auch für die Schüler und die Familien.

Wo steht nun der ZLV? Anlässlich der Pressekonferenz über die Einführung des Lehrplan 21 hat dessen Vertreterin lächelnd ihre Zufriedenheit darüber zum Ausdruck gebracht, obwohl sie genau weiss, dass der neue Lehrplan im Widerspruch zum Sprachenkonzept steht, das der ZLV in der Initiative vertritt.

Wie soll der denkende Bürger dieses unehrliche Hin und Her deuten? Wie sollen sich die Lehrer von ihren Verbänden dabei vertreten fühlen?

Ursula Richner

2. 4. 2017

Komitee «Lehrplan vors Volk», 8610 Uster | info@lehrplan-vors-volk.ch | www.lehrplan-vors-volk.ch

Spendenkonto: IBAN: CH55 0900 0000 8975 3598